

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 88/39
Telex: 895 848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zur Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern: Zeichen des Umschwungs und der Hoffnung setzen.

Seite 1

Ingrid Becker-Inglau MdB zur Diskussion um den Paragraphen 218: Regelungen außerhalb des Strafrechts erforderlich.

Seite 2

Peter Conradi MdB zur Frage des Parlaments- und Regierungssitzes: Unparlamentarisch!

Seite 4

Dieter Schanz MdB zur Entwicklungszusammenarbeit mit der VR China und zur Haltung der Bundesregierung gegenüber Kambodscha: Die Bonner Südostasien-Politik ändern.

Seite 5

Dokumentation:

Auf dem Kongreß der bulgarischen Sozialdemokraten sprach Margitta Terborg MdB
Grüßworte. Wortlaut

Seite 6

46. Jahrgang / 59

26. März 1991

Zeichen des Umschwungs und der Hoffnung setzen Zur Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Demonstrationen und Aufbegehren, Ungehorsam und Verweigerung haben der damaligen DDR den Weg in die Freiheit geebnet. Die Demonstrationen sind wieder aufgeflammt - sie richten sich nun gegen die verheerenden Folgen der Politik von Kanzler Kohl. Sie werden aber auch von dem Gefühl der Menschen getragen, im Osten Deutschlands alleingelassen zu werden.

Alle Proteste sind verständlich. Sie sind unausweichlich angesichts der Verhältnisse, mit denen die Menschen in den neuen Bundesländern zurande kommen müssen. Allerdings bergen Demonstrationswellen auch Risiken, die nicht verschwiegen werden dürfen.

Wirtschaftlich wird es den neuen Bundesländern gelingen, sich in den internationalen Wettbewerb zu integrieren. Der Zeitfaktor ist entscheidend: Je rascher dies geschieht, desto besser. Diese Länder werden rascher im Wettbewerb mithalten können als Länder des zerfallenden Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die ohne eine derart massive Unterstützung durch den Westen auf Markt, Wettbewerb, neue Produkte und moderne Dienstleistungen umschalten müssen. Anders ausgedrückt: Wenn in der früheren DDR die Zahl der neuen und sicheren Arbeitsplätze deutlich zunimmt und die ökologische Sanierung vorankommt, machen andere ehemalige RGW-Länder noch das Jammerthal durch, in dem der Osten Deutschlands nun steckt.

Bereits heute ist die frühere DDR in punkto soziale Standards qualitativ weiter als etwa Polen oder Rumänien, Ungarn, von der UdSSR ganz zu schweigen - dies ist übrigens nachweislich Verdienst des Drängens der Sozialdemokraten beim 1. Staatsvertrag. Aber ein Gebiet mit akzeptablen sozialstaatlichen Verhältnissen sind die neuen Bundesländer damit natürlich noch nicht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebler-Lösung
mit neutralen Rohstoffen
Recycling-Papier



Es kann sogar sein, daß sich über Jahre hinweg in den neuen Ländern Regionen mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten bilden, während eine halbe Autostunde davon entfernt die Zerstörung aus der Kommandowirtschaft anhält und der wirtschaftliche Aufschwung nicht vorankommt. Aus der Geschichte der alten Bundesrepublik wissen wir, daß es derartige Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung gibt und auch ausgehalten werden können.

Protestwellen werden den wirtschaftlichen Aufschwung im Osten Deutschlands nicht rascher herbeiführen, aber auch nicht verhindern. Möglich ist es jedoch, daß im Grunde bereitwillige Investoren sich abschrecken lassen, wenn im Sommer der Protest im Osten andere Formen annimmt und sich gegen Neues richtet. Dies ist eine Konsequenz, die nicht ausgeschlossen werden kann. Daher muß es gelingen, bis zum 1. Juli, dem Jahrestag von Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, unübersehbare Zeichen des Umschwunges und der Hoffnung zu setzen.

Die Verwaltung muß bis dahin ein Mindestmaß an Verlässlichkeit, der Umschulungs- und Qualifizierungswille bei vielen Menschen eine praktische Chance und die Investitionsbereitschaft mehr Möglichkeiten erhalten haben.

Das eigentliche Risiko der sich jetzt wieder häufenden Proteste aber liegt im Politischen. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß sich aus der Masse Enttäuschter und Arbeitsloser in den neuen Bundesländern eine neue rechtsradikale Bewegung ihrer Mitglieder ungeniert und ungestört rekrutieren kann. Dies ist eine Aufgabe für alle demokratischen Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen. Es muß aufgehört werden, daß Schönhuber und seine Camarilla sich gegenwärtig in den neuen Ländern ein organisatorisches Bett bereiten wollen.

Wenn Mitte bis Ende dieses Jahres die Arbeitslosigkeit in Deutschland seinen Stand erreicht, der über dem gegen Ende der Weimarer Republik liegt, haben die rechten Verführer einen Resonanzboden, wie sie sich ihn immer gewünscht haben. Und im Westen könnten sie Zulauf erhalten, weil dort der Widerstand gegen hunderttausendfache Zuwanderung aus dem Osten Deutschlands steigt.

Das Jahr 1991 bietet zusätzlich zu den bekannten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen neue politische, die nicht ignoriert werden dürfen. Bislang ist die Bundesrepublik mit der Herausforderung durch rechte Abenteurer ganz gut fertig geworden. Bereiten wir uns darauf vor, daß eine neue Herausforderung dieser Art vor uns steht und daß diese gewiß nicht leichter sein wird als die vergangenen.

(-/26. März 1991/rs/fr)

Regelungen außerhalb des Strafrechts erforderlich

Zur Diskussion um den Paragraphen 218

Von Ingrid Becker-Inglaß MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dieser Tage eine ausführliche Diskussion zur Problematik der Schwangerschaftsabbrüche geführt. Mit Hilfe dieser Informationen sollte die spätere Entscheidung der Fraktionsmitglieder für eine gesetzliche Neuregelung rechtzeitig vorbereitet werden.

Die Bandbreite eines Gesetzentwurfs, vorgelegt vom Arbeitskreis Gleichstellung von Frau und Mann, ist bereits aus dem vollen Gesetzestitel ersichtlich: Beratung in Fragen der Sexualität und Familienplanung, über Hilfen mit Rechtsanspruch für Schwangere und Mütter sowie Neuordnung des Schwangerenhilferechts.

In unserem Entwurf des Schwangerenhilfegesetzes lassen sich folgende Schwerpunkte ausmachen:

- Prävention, Sexualaufklärung und Sexualerziehung, um ungewollte Schwangerschaften möglichst von vornherein zu verhindern;
- Angebote zur Beratung Schwangerer und die Einrichtung von Schwangerschaftsberatungsstellen, flächendeckend bei pluraler Trägerschaft, sind notwendige Bestandteile des Gesetzentwurfs; also keine wie immer dargestellte Zwangsberatung.
- Eine breite Palette sozialer Hilfen, zugeschnitten auf typische Schwangerschaftskonfliktsituationen.
- Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen nach Empfängnis sind straffrei; eine Frau wird bei einem Schwangerschaftskonflikt stets straffrei gestellt. Wir wollen, daß Prozesse wie "Memmingen" oder gynäkologische Zwangsuntersuchungen für immer der Vergangenheit angehören.

Es ist daher nur konsequent, wenn die Einzelregelungen des Schwangerenhilfegesetzes außerhalb des Strafrechts erfolgen, wobei dann die unseligen Vorschriften der Paragraphen 218/219 StGB aufzuheben sind.

Der bekanntgewordene Entwurf der FDP basiert auf einem gänzlich anderen Konzept: Es bleibt grundsätzlich bei der Strafandrohung, die Einzelregelungen sind nach wie vor im Strafgesetzbuch verankert.

Darüber hinaus besteht die FDP auf einer obligatorischen Beratung. Aber auch bei den Freien Demokraten ist eine verstärkte Sexualaufklärung vorgesehen, ferner eine "Sparausgabe" sozialer Hilfen für Schwangere und Familien, insbesondere fehlten fast alle jene Hilfen für Alleinerziehende, die im Entwurf des AK VIII vorgesehen sind, handelt es sich hier doch um eine Gruppe mit hohem Anteil ungewollter Schwangerschaften.

Wir haben es gegenwärtig mit einer fast täglich wachsenden Zahl von Gesetzentwürfen zu diesem politisch brisanten Thema zu tun - die untereinander nur wenig vergleichbar sind, ja sogar in entgegengesetzte Richtungen laufen. Innerhalb der Union wird die Diskussion um die Neuregelung der Schwangerschaftsabbrüche von denjenigen angeführt, die das geltende Recht noch weiter verschärfen wollen, dies gilt auch für einen sogenannten "Dritten Weg", der insofern irreführend ist, als es sich lediglich um eine Sackgasse handelt, denn es bleibt auch bei einer ganzen Fülle von detaillierten Strafvorschriften, die teilweise über das geltende Recht hinausgehen.

Man glaubt es daher kaum, daß andere Verlautbarungen, die sich etwa auf der Linie des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann bewegen, ebenfalls aus dem Unionstager kommen.

Das weitere parlamentarische Vorgehen dürfte in den kommenden Monaten nicht wenig Schwierigkeiten aufwerfen, um die erforderliche parlamentarische Mehrheit für eine gesetzliche Neuregelung der Schwangerschaftsabbrüche - 331 Stimmen - zu erreichen.

(-/26. März 1991/rs/fr)

Unparlamentarisch!

Zur Frage des Parlaments- und Regierungssitzes

Von Peter Conradl MdB

Mitglied des Ältestenrats des Deutschen Bundestages

Normalerweise werden strittige Fragen im Parlament diskutiert und dann durch Abstimmung entschieden. Bei der Hauptstadtfrage ist das anders: Seit fast einem Jahr wird die Frage des zukünftigen Parlaments- und Regierungssitzes in den Medien diskutiert, nur nicht im Parlament. Und statt parlamentarischer Abstimmungen gibt es inzwischen Unterschriftensammlungen der "Freunde Bonns" und der "Freunde Berlins", so als sei der Bundestag eine Versammlung von Bürgerinitiativen, die mit Unterschriftenlisten Unterstützung für ihr Vorhaben suchen.

Ich bin bei der Frage des zukünftigen Sitzes des Bundestages und der Bundesregierung unentschiedig. Viele gute Gründe sprechen für Bonn, viele gute Gründe sprechen für Berlin. Das großkotzige Auftreten der "Freunde Berlins" im vergangenen Jahr und die kleinkarierten Tricks der "Freunde Bonns" könnten mir beide Städte verfeinden, aber Frankfurt/Main finde ich auch nicht mehr so gut. Vielleicht Stuttgart? Wenn es wieder mal einen Kapp-Putsch geben sollte, steht Stuttgart bereit!

Nein, ich will die Parlamentsdebatte abwarten und dann alle Argumente untereinander abwägen, bevor ich mich entscheide. Meine persönlichen Interessen spielen dabei keine Rolle. Sollte der Bundestag seinen Sitz nach Berlin verlegen, dann wird das im günstigsten Fall acht Jahre dauern, wahrscheinlich länger, und dann ist die Mehrheit der Abgeordneten, die im Juni entscheiden werden, aller Voraussicht nach nicht mehr im Parlament.

So habe ich bisher keine der beiden Unterschriftenlisten unterschrieben. Vielleicht hätte ich beide unterschreiben sollen. Nachdem die Fraktionen die Abstimmung in dieser Frage großzügigerweise freigegeben haben, fühlen sich einige Abgeordnete offensichtlich verunsichert darüber, daß sie ohne die weise Führung der Mutterfraktion an Aufträge und Weisungen nicht gebunden selbst frei entscheiden müssen, wofür sie sind. Deshalb müssen für diese Frage neue "Fraktionen" gebildet werden, die "Freunde" der beiden zur Wahl stehenden Städte.

Ein Trauerspiel, ein Possenspiel? Die Abstimmungen im parlamentarischen Rat und im Ersten Deutschen Bundestag über Bonn als Bundeshauptstadt waren von Painlichkeiten nicht frei. Es ist zu befürchten, daß auch die jetzt anstehende parlamentarische Debatte und Entscheidung dem Ansehen des Bundestages nicht unbedingt förderlich ist.

Jetzt ist klare Führung notwendig, nicht in der Sache, da muß jeder für sich entscheiden, sondern im Verfahren. Es muß endlich klar gemacht werden, in welchem Verfahren entschieden wird, durch Beschluß oder Gesetz oder durch einen Beschluß mit einem nachfolgenden Gesetz. Es muß entschieden werden, welche Fakten und Zahlen dem Haus vor der Entscheidung vorliegen müssen, und wer dafür verantwortlich ist. Es muß geklärt werden, wann die Debatte stattfinden soll, und wann abgestimmt wird. Bisher ist der Eindruck entstanden, nicht das Präsidium und der Ältestenrat sondern die "Bild"-Zeitung sei der Herr des Verfahrens. Dazu haben die "Freunde" kräftig beigetragen. Dem Ansehen des Parlaments hat das alles nicht genützt. Das ist allerdings nichts Neues. In seinen eigenen Sachen hat der Deutsche Bundestag nur selten eine glückliche Hand gehabt.

(-/26. März 1991/rs/fr)

Die Bonner Südostasien-Politik ändern

Zur Entwicklungszusammenarbeit mit der Volksrepublik China und zur Haltung der Bundesregierung gegenüber Kambodscha

Von Dieter Schanz MdB

Die entwicklungspolitischen Ansätze des neuen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, lassen Raum für Hoffnung, wenn den Worten Taten folgen.

So will Minister Spranger die Menschenrechte als ein zentrales Kriterium der Entwicklungszusammenarbeit bewertet wissen, muß sich dann aber die Frage gefallen lassen, wie Neuzusagen von 105 Millionen DM an China zu erklären sind? Denn dieses Geld geht an ein Regime, das die Demokratiebewegung im Juni 1989 brutal und mit Waffengewalt niedergeknüppelt hat. Auch heute noch werden den Führern der Demokratiebewegung Prozesse gemacht, weil sie mit ihren berechtigten Ansprüchen auf mehr Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte eine "Gefahr" für das Pekinger Regime seien.

Die Bundesregierung hat schon vor Aufhebung der Sanktionen (Juni 89-Oktober 90) gegen Peking Hermes-Bürgerschaften in Höhe von 159 Millionen DM gewährt. Von Oktober 90 bis Februar 91 wurden weitere 368 Millionen DM an Hermes-Bürgerschaften gegeben. Daneben wurden im Dezember 1990 bei deutsch-chinesischen Regierungsverhandlungen deutscherseits Zusagen von insgesamt 298 Millionen DM gemacht.

So wichtig die Zusammenarbeit für China auch sein mag: dem Anspruch Sprangers wird sie nicht gerecht, denn an Menschenrechtsverletzungen ist die Volksrepublik auch indirekt beteiligt.

Sie unterstützt immer noch die Roten Khmer Pol Pots in Kambodscha, die für rund eine Million Tote während ihres Regimes (1975-1979) verantwortlich sind. In ihrem "Befreiungskampf" schrecken die Roten Khmer auch heute noch nicht vor Greuelen an Zivilisten zurück. So benutzen sie zum Beispiel kleine Plastikminen (aus China, Stückpreis: 50 Pfennig), um ihrem Kampf den nötigen Nachdruck zu verleihen: die Folge sind 300.000 Amputierte Kambodschaner, die nur unzureichend mit entsprechenden Prothesen versorgt werden können.

Neuerdings verfügen die Roten Khmer über 25 bis 30 Panzer: Herkunftsland China. Auch diese werden gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

Man muß sich fragen, warum es trotz dieser bedrückenden Zustände (in denen sich das Land seit mehr als 20 Jahren befindet) eine eigenständige Kambodscha-Politik der Bundesregierung bisher nicht gegeben hat. Angesichts der Tatsachen ist eine humanitäre Hilfe des AA für Kambodscha von knapp 1,7 Millionen DM im Zeitraum 1988-90, gelinde gesagt, eine Verhöhnung der Menschenrechte.

Für den Friedensprozeß in Kambodscha wäre eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Phnom Penh (Abbruch 1969) angebracht und nachdenkenswert. Das Land hätte es bitter nötig.

Wenn Minister Spranger ernsthaft beabsichtigt, die Frage der Menschenrechte als Bewertungskriterium für Entwicklungspolitik zu machen, dann sollte er seinen Einfluß geltend machen, und sich dafür einsetzen, daß den Menschenrechten zu ihrem Recht verholfen wird und daß sie befolgt werden.

Geld auf direktem und indirektem Wege an menschenrechtsverachtende Regime zu geben, wird den Absichten nicht gerecht.

(-/26. März 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Bewunderung für die Zähigkeit der bulgarischen Sozialdemokraten

Auf dem Kongreß in Sofia der nach 40 Jahren Verfolgung wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei Bulgariens überbrachte die Abgeordnete Margitta Terborg am Wochenende die Grüße von Parteivorstand und Bundestagsfraktion der SPD. Der Wortlaut:

Herr Vorsitzender, liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens.

Es ist mir eine große Ehre, Ihnen zu Ihrem heutigen Kongreß die Grüße von Partei und Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihres Vorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel überbringen zu dürfen.

Mit großer Sympathie beobachten wir, wie nach über vierzig Jahren barbarischer Verfolgung eine sozialdemokratische Partei wieder den Platz in der Gesellschaft einzunehmen beginnt, der sie befähigt, die Menschen Ihres Landes in eine demokratische, in eine freiheitliche und in eine soziale Zukunft zu führen.

Wir bewundern Ihre Zähigkeit und Ihre Entschlossenheit, mit der sie praktisch aus dem Nichts demokratische Strukturen wieder schaffen und den Gedanken des demokratischen Sozialismus wieder in den Herzen und Köpfen der Menschen verankern.

Dabei ist es uns sehr bewußt, mit wie vielen Schwierigkeiten Sie zu kämpfen haben. Mit der noch immer nicht gebrochenen Macht der alten Apparate, mit den neuen politischen Gegnern am rechten Rand des politischen Spektrums.

Die größte Schwierigkeit aber wird wohl sein, neben neuen demokratischen Strukturen eine Wirtschaft zu entwickeln, die die Fesseln des alten bankrotten planwirtschaftlichen Systems sprengt und ihr Land im internationalen Wettbewerb festigt.

Sie wissen es alle: der größte Teil einer dornenvollen Wegstrecke liegt noch vor Ihnen. Sie wissen aber auch, zu dieser Politik der Reformen gibt es als Alternative nur den endgültigen Wirtschafts- und Staatsbankrott.

Wozu wir Sie auch noch beglückwünschen, ist dies: Sie haben auch in der schlimmsten Zeit der Diktatur der allmächtigen Staatspartei getrotzt und hohe Opfer auf sich genommen.

Sie mußten ihren alten ehrlichen Parteinahmen nicht ändern, sie kommen nicht unter falscher Flagge einher und Sie können der brüderlichen Solidarität der in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossenen demokratischen Parteien gewiß sein.

Die deutsche Sozialdemokratie, für die zu sprechen ich die Ehre habe, hat eine ähnlich leidvolle Geschichte hinter sich. Für uns ist das Gebot der internationalen Solidarität deshalb auch kein Lippenbekenntnis, sondern eine selbstverständliche moralische und politische Pflicht.

Wir sehnen wie Sie den Tag herbei, an dem Ihr Land im Konzert der europäischen Völker dem ihm gebührenden Rang einnimmt und wir hoffen auf ein Bulgarien, von dem man eines Tages wird sagen können, es hat seine besten demokratischen und kulturellen Traditionen wiederbelebt und ist ein unverzichtbarer Partner des neuen, des größeren Europa.

Dieses Europa soll und darf aber nicht ein neuer militärischer Koloß sein und nicht nur ein wirtschaftlicher Zweckverband.

Es muß allen Menschen dieser Erde eine Hoffnung sein, eine Alternative, die den Weg in eine gemeinsame freiheitliche, friedliche und gerechte Zukunft der Menschheit bietet.

Ich danke Ihnen nochmals und wünsche Ihrem Kongreß einen erfolgreichen Verlauf.

(-/26. März 1991/rs/fr)
